490 10/2011

blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

„Vollelektronisches Fahrradparkhaus“ am Walldorfer Bahnhof geplant

Gleich vorweg: Wir setzen uns seit Jahren für eine „fahrradfreundliche Stadt“, Radwege und ordentliche Fahrradabstellplätze ein.

Die Pläne für ein kleines aber sehr teures Fahrradparkhaus in Walldorf sind jedoch für uns und für viele Leute in unserer Stadt unverständlich und ärgerlich.

Am Mörfelder Bahnhof gibt es blaue Blechcontainer zur sicheren Aufbewahrung von Fahrrädern. Die sind - wie man hört - nicht sehr gefragt.

In Walldorf soll es nach der Neugestaltung des Bahnhofsumfelds u.a. ein „vollelektronisches Fahrradparkhaus“ für 29 Fahrräder geben. Ob das „angenommen“ wird, weiß keiner. 180.000,- Euro soll es kosten, hieß es.

Viele Bürgerinnen und Bürger - auch begeisterte Fahrradfahrer - wurden da hellhörig und sagten: Das muss nicht sein. Aber es ist nicht nur der genannte Preis, der einem zu denken gibt, uns hat der ganze Plan samt Begründung nicht überzeugt. In der kurzen Beratungszeit in Ausschüssen und Stadtparlament blieben alle Fragen offen. „Die zusätzlichen Kosten für das geplante Fahrradparkhaus werden auf eine Summe von 180.000,- Euro geschätzt“, stand in der Beschlussvorlage. Weiter hieß es lapidar, dass im Betrieb mit erhöhtem Wartungsaufwand zu rechnen ist. Zu Betriebskosten oder „Energiebilanz“ gab es keine Auskunft.

Ebenso wenig zu Erfahrungen mit Störanfälligkeit und Vandalismus, mit dem die Verwaltung offensichtlich rechnet und deshalb eine Videoüberwachung in Betracht zieht. Referenzen - Beispiele, wo dieses vor allem von den Grünen als „Standard“ angepriesene Produkt in Betrieb ist, lagen nicht vor. Auch die Bedingungen, zu denen Räder in dem „Parkhaus“ eingestellt werden sollen, blieben völlig unklar.

Ein Schreiben des Planungsbüros Sliwka zu dem Prüfantrag Velostation Bahnhofsumfeld Walldorf wurde der Opposition von der Verwaltung nicht vorgelegt. Die DKP/Linke Liste forderte den Bürgermeister mit Hinweis auf die wenig überzeugende Vorlage auf, den Antrag zurückzuziehen und für mehr Klarheit in der Sache zu sorgen.

Bürgermeister, SPD und Grüne drängten auf Beschlussfassung. Sie stehen wohl bei den Planungsbüros und der anbietenden Firma im Wort.

Für uns kam unter diesen Umständen eine Zustimmung nicht in Frage, wir haben diese Planung abgelehnt. Wir wollen gute und sichere Fahrradabstellplätze in unserer Stadt, aber nicht zu jedem Preis und nicht auf Grundlage von nicht nachvollziehbaren Schätzungen.

Lasst die Kinder in Frieden!

Zehn Demonstranten mit Umhängeschildern protestierten am 16. September gegen die Teilnahme der Bundeswehr an der Berufsbildungsmesse in der BvS. Das Aktionsbündnis „Bertha ohne Bundeswehr!" verteilte Flugblätter in denen es hieß:
„Lasst die Kinder in Frieden. Auch in diesem Jahr soll bei der „Ausbildungsbörse" an der Bertha-von-Suttner-Schule für die Bundeswehr geworben werden. Angesprochen sind wohl auch in diesem Jahr die Jahrgangsstufen 8 - 13. Erneut sollen 14-/15-jährige Schülerinnen und Schüler für eine „Karriere mit Zukunft" als Soldat begeistert werden. Das halten wir für falsch - erst recht, nachdem die Bundeswehr Berufsarmee ist und mit Millionenaufwand „Freiwillige" zum Auslandseinsatz sucht. Wir sagen: Farbenfrohe Bilder einer „Armee im Einsatz" zur Werbung von Nachwuchs für die kämpfende Truppe haben in der Schule nichts verloren.
Die Käthe-Kollwitz-Schule in Offenbach hat es kürzlich abgelehnt, der Bundeswehr Raum zu geben für ihre Werbung zum Kriegseinsatz.
Für eine Schule, die nach der Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner benannt ist, sollte es selbstverständlich sein, sich im Geiste ihrer Namensgeberin gegen Militär an der Schule auszusprechen. Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerschaft und Schulleitung, die scheinbar geschlossen das Auftreten von Jugend- und Werbeoffizieren im Unterricht und bei Ausbildungsbörsen befürworten, sollten umdenken.
Wir sind davon überzeugt,
Bertha würde heute mit uns fordern: „Die Waffen nieder!" - Umdenken - Keine Werbung für die Bundeswehr in der Schule."
Die Schulleiterin hatte ihren Stellvertreter und eine Stufenleiterin als „Abfangjäger" vor das Schulgebäude geschickt, die auf ihr Hausrecht verwiesen, vor Tumulten warnten und den Demonstranten den Zugang zur Schule untersagten. Die Aktion wurde trotzdem wahrgenommen. Tumulte gab es nicht, aber jede Menge gute Gespräche und ein bemerkenswertes Presseecho. Die Schulleiterin bezeichnete die Kritik am Auftreten der Bundeswehr in „ihrer" Schule als misslich. Sie wird damit leben müssen. Das Aktionsbündnis „Bertha ohne Bundeswehr!" wird weiter daran arbeiten, die Beschlusslage zur Bundeswehr in der „Bertha-von-Suttner-Schule" zu verändern. Und wenn die Soldaten kommen, kommen wir auch. GS

Unsere Forderung: Lasst die Kinder in Frieden!

Im Gespräch mit Schülerinnen

HARTWIG MITTLER

Kleines Denklied zum Schulunterricht

„. . . Zu Pflugscharen formt Schwerter!" -
Schön klingt's stets an „der Bertha"…

„. . . Frieden schaffen ohne Pein!"-
Gut klingt's stets im Schulverein . . .

„. . . Schluss mit dem Kriegsinfernal!" -
Wahr klingt's stets im Klassensaal . . .

Doch – . . . jetzt wird's, abrupt, gestört.
Schulnah . . . -
wird zum „Bund" verführt.

„Rekrutierung?"-
„Wehrdienstzeit?"-
„Grundausbildung?"-
„Stammeinheit?"
Truppenkunde?"-
„... Waffenrecht?"-
Werbetafeln -
. . . für's Gefecht? . . .

. . . Wenn - heut' -
Bertha Mutter wär' –
verbannt' sie
die Bundeswehr.

Hartwig Mittler aus der Schwarzwaldstraße schickte uns diese Zeilen. Wir bedanken uns sehr.

Rhein-Main gegen Fluglärm
Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr

Am 21.10. 2011 wird die Fraport AG die Landebahn Nordwest mit einer offiziellen Feier einweihen. Dazu wird als erste Passagierin die Bundeskanzlerin Angela Merkel in Frankfurt landen und die Festrede halten. Zahlreiche Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Lobbygruppen sind eingeladen. Der Wirtschaftsstandort Deutschland wird gelobt werden, der Wohlstand der Rhein-Main-Region und die internationale Konkurrenzfähigkeit des Frankfurter Flughafens.

Dies ist die eine Seite der Medaille, auf der anderen Seite hat der „Fluglärmterror" schon seit März dieses Jahres immer weiter zugenommen. Die neuen An- und Abflugrouten, die mit Inbetriebnahme der neuen Bahn gelten sollen, müssen vorher erprobt werden. Das Ergebnis: Beschwerden über steigenden Fluglärm aus Rheinhessen, Mainz, Wiesbaden, dem Rheingau, dem Vordertaunus, aus Offenbach, Hanau, dem Main-Kinzig-Kreis, aus dem Landkreis Darmstadt. Aber auch in Mörfelden, Büttelborn und Rüsselsheim ist es deutlich lauter geworden.

Acht Jahre lang haben Ministerpräsident Roland Koch und sein Stellvertreter Jörg Uwe Hahn mitsamt den Landtagsfraktionen von CDU und FDP der Bevölkerung im Rhein-Main-Gebiet ein Nachtflugverbot von 23:00 bis 5:00 Uhr versprochen.

Nachdem der Planfeststellungsbeschluss für die neue Bahn ergangen ist und der Hessische Verwaltungsgerichtsgerichtshof den fehlenden Lärmschutz für die Nachtstunden gerügt hat, wird nicht etwa von Seiten der Landesregierung nachgebessert, sondern es wird vor dem Bundesverwaltungsgericht gegen das Urteil aus „grundsätzlichen Erwägungen" geklagt. Parallel dazu wurde in Berlin zwischen CDU, CSU und FDP vereinbart, das Luftverkehrsgesetz so zu ändern, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Flughäfen gesichert wird, sprich: nachts soll es für den Flugverkehr so wenige Einschränkungen wie nur möglich geben.

Jetzt zeigt sich sehr deutlich, dass das Mediationsverfahren mitsamt seinem Nachtflugverbotsversprechen, nur dazu diente, die betroffenen Bürger, Kommunen und Umweltverbände still zu halten und Akzeptanz für den Flughafenausbau zu schaffen.

Und die Fraport AG will noch mehr: im Jahr 2014 soll das Terminal 3 für 30 Millionen Passagiere gebaut werden und der gesamte Flughafen soll zur Airportcity Frankfurt weiterentwickelt werden. Dazu gehören das Mönchhof-Gelände (früher Caltex) zwischen Raunheim und Kelsterbach als zusätzlicher Standort für Logistik-Firmen, Speditionen und andere Unternehmen, die vom Flughafen abhängig sind.

Wenn die Chemiefirma Ticona abgebaut ist, wird auch diese Fläche zum Gewerbegebiet umgewandelt. In Gateway Gardens, einem ehemaligen Wohngebiet für Angehörige der US-Army, entsteht ein neuer Stadtteil mit einem Forschungsinstitut für Mobilität, für Hotels, Einkaufsmöglichkeiten, Fluggesellschaften und Frachtfirmen.

Über dem Fernbahnhof am Flughafen ist ein mächtiges Gebäude errichtet worden. The SQUAIRE wird von einer Beratungsgesellschaft und zwei 5-Sterne-Hotels genutzt, auch ein Krankenhaus für gut betuchte Privatpatienten aus aller Welt ist im Gespräch.

Die Airportcity ist eine neue Stadt mit einem Flughafen, aber mit der Verpachtung und Nutzung von Immobilien wird am meisten Geld verdient.

Zukünftig soll die Airportcity Frankfurt die ganze Rhein-Main-Region beherrschen, soziale und kulturelle Besonderheiten werden gleichgemacht, die Natur- und Erholungsflächen bleiben auf der Strecke und ein demokratischer Mitwirkungs- und Gestaltungsanspruch der Bürgerinnen und Bürger sowie der Kommunen im Flughafenumland bleibt aussen vor.

Doch es gibt auch weiterhin Protest und Widerstand gegen die ständige Flughafenerweiterung und die massive Verlärmung einer ganzen Region.

Am 22. Oktober werden sich sehr viele Bürgerinitiativen aus Rheinland-Pfalz und Hessen zu einer Demonstration ab 11.00 Uhr vom Hauptbahnhof in Mainz, dann über die Theodor-Heuss-Brücke nach Mainz-Kastel, Bahnhof zur Abschlusskundgebung einfinden. Sie fordern ein Nachtflugverbot von 22:00 bis 6:00 Uhr, die Verringerung der Flugbewegungen und insgesamt mehr Lärmschutz. Diesen Protest gilt es zu unterstützen: „Wer jetzt noch schläft, kann bald nicht mehr schlafen!"

Dirk Treber
Vorsitzender der Interessengemeinschaft zur Bekämpfung des Fluglärms (IGF) e. V.

Aufruf zur Demo

Rhein-Main gegen Fluglärm!

Start: Mainz Hauptbahnhof 11 Uhr
Ziel: Wiesbaden; Nähe Reduit/ Bahnhof Mainz-Kastel 13 Uhr
Kundgebung und Konzert mit Jammin´ Cool.

Samstag 22. Oktober 2011

AUS DEM STADTPARLAMENT

Anfrage der DKP/LL-Fraktion
Arbeitskreis Strom/Gas Konzessionen

Wir fragen den Magistrat:

1. Trifft es zu, dass der Erste Stadtrat einen Arbeitskreis zur Kommunalisierung der Konzessionen bzw. des Neuabschlusses des Konzessionsvertrags Strom und Gas sowie des Straßenbeleuchtungsvertrages initiiert hat, um die Verhandlungen zum Thema Konzessionen/ Netzrückkauf weiter voranzutreiben?
2. Ist es richtig, dass dem Arbeitskreis neben dem Bürgermeister, dem Ersten Stadtrat und den Referenten die Fraktionsvorsitzenden der Koalition und weitere Mitglieder der Koalitionsfraktionen angehören?
3. Wie oft hat dieser Arbeitskreis bisher getagt?
4. Wann ist beabsichtigt, die Öffentlichkeit und das Stadtparlament - insbesondere die Oppositionsfraktionen - zumindest über den Stand der Verhandlungen, bereits vorliegende Prüfungs- und Arbeitsergebnisse, die weitere Arbeitsweise der Verwaltung und „Zeithorizonte" zu informieren?

Hintergrund:
Seit Monaten hört man von der Verwaltung nichts davon, wie es mit den auslaufenden Konzessionsverträgen weitergeht. Dabei wird das Thema im Hintergrund im Rathaus anscheinend intensiv mit der Koalition beraten. Da muss man doch mal nachfragen dürfen.

LINKE RUNDE

Rüstungsexport-Weltmeister EU

Freitag 4. November 2011, 20 Uhr,
Bürgerhaus Mörfelden

Mit Sabine Lösing, Europa-Abgeordnete

Eine gemeinsame Veranstaltung von

Die LINKE Kreisverband Groß-Gerau
Die LINKE – Ortsverband Mörfelden-Walldorf
DKP Mörfelden-Walldorf

Anfrage der DKP/LL-Fraktion
Grundstücksverkauf Bahnhofstraße 24

Wir fragen den Magistrat:

1. Zu welchem Preis hat die Stadt das Grundstück Bahnhofstr. 24 an die SERVICE WOHNEN GmbH verkauft?
2. Welche Verpflichtung/en für die Grundstückserwerberin waren damit verbunden?
3. Trifft es zu, dass das bisher unbebaute Grundstück zwischenzeitlich weiterverkauft wurde?
4. Zu welchem Preis wurde das Grundstück weiterverkauft und was soll darauf gebaut werden?
5. Wurde das Grundstück der Stadt zum Rückkauf angeboten?

Hintergrund:
Seit Monaten tut sich nichts auf dem Baugrundstück, das die Stadt mal zweckgebunden verkauft hat.

Antrag der DKP/LL-Fraktion
Radweg an der B 44

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

„Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wie der Stand der Planungen für den neuen Radweg östlich der B 44 zwischen Mörfelden und Walldorf ist und wann mit dem Bau zu rechnen ist. Der Magistrat wird beauftragt, bis zur Fertigstellung des neuen Radwegs zu gewährleisten, dass die alte Radwegeverbindung westlich der B 44 ohne Beeinträchtigungen befahrbar ist."

Begründung:
Regelmäßige Nutzer des alten Radwegs haben uns darauf aufmerksam gemacht, dass dieser zurzeit in einem sehr schlechten Zustand ist. Hier sollte der Magistrat im Interesse der Förderung des innerörtlichen Radverkehrs tätig werden und ihn so lange „pflegen", bis der neue zur Verfügung steht.

Anfrage der DKP/LL-Fraktion
Verfahren nach dem Koalitionsvertrag von SPD und GRÜNEN

Wir fragen den Magistrat:

1. Trifft es zu, dass im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis '90/DIE GRÜNEN vereinbart ist, dass bei allen Verwaltungsvorlagen für die Stadtverordnetenversammlung vor der Einbringung in den Magistrat eine Abstimmung in der „Koalitionsrunde" erfolgt?
2. Welche „Arbeitskreise" zur Erleichterung und Vorbereitung der politischen Arbeit der Koalition wurden von SPD und GRÜNEN eingerichtet und sind die Dezernenten Mitglieder dieser Arbeitskreise?
3. Wie lange vor Einbringung in den Geschäftsgang der Stadtverordnetenversammlung werden Verwaltungsvorlagen der Koalition zur Abstimmung vorgelegt?
4. Hält der Magistrat diese Verfahrensweise für rechtlich einwandfrei und im Sinne „transparenter Entscheidungsprozesse" für angebracht?

Hintergrund:
In der neuen Wahlzeit geht die enge Verbindung zwischen Koalition und Verwaltung immer mehr zu Lasten von Bürgernähe und Transparenz, von der SPD und Grüne ständig reden.

Anfrage der DKP/LL-Fraktion

Ersatz beschädigter Informationstafeln am KZ-Lehrpfad

Wir fragen den Magistrat:
1. Wie viele Stationen des KZ-Lehrpfads wurden in diesem Jahr beschädigt oder zerstört?
2. Wie viele Stationen werden zurzeit nicht präsentiert?
3. Wann werden sie ersetzt?
4. Welche Kosten fallen dafür an und ist die Finanzierung gesichert?
5. Ist daran gedacht, „Ersatztafeln" vorzuhalten, um bei einer nicht auszuschließenden erneuten Beschädigung oder Zerstörung einer Tafel den Lehrpfad schneller wieder instand setzen zu können?

Neues vom „Präsi“

Bürgerversammlung abgesagt

Wenn es nach Stadtverordnetenvorsteher Werner Schmidt geht, sollen bei den Bürgerversammlungen zukünftig nur noch SPD und Grüne im Podium sitzen – er, der Bürgermeister und der Erste Stadtrat.
Die DKP/Linke Liste hat sich dagegen ausgesprochen, in Veranstaltungen der Stadtverordnetenversammlung die Oppositionsfraktionen vom Podium zu verbannen und durch Vertreter der Verwaltung zu ersetzen. Weil es kein Einvernehmen gab, das Podium der Koalition zu überlassen – auch die CDU war nicht einverstanden – hat der Stadtverordnetenvorsteher kurzentschlossen angekündigt, nicht zu der für den 20. September geplante Bürgerversammlung einzuladen. So viel zur „Bürgernähe“ der SPD/Grünen Koalition.

Zu Protokoll

Der Magistrat hat aufgrund der Änderungen von Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz einige Angebote für Stadtpassinhaber gestrichen. Für die DKP/LL erklärte Dietmar Treber zu Protokoll: „Zu dem Stadtpass, den unsere Fraktion der DKP/LL vor Jahren beantragt und durchgesetzt hat, erwarten wir, dass sich bisher anspruchsberechtigte Stadtpassinhaber mit den neuen Regelungen nicht schlechter stellen und die Stadt sie bei der Geltendmachung ihrer Ansprüche unterstützt.“

Elsässisches KZ ?

„Der historische Lehrpfad erinnert an die jungen Mädchen und Frauen, die am 22. August 1944 in die Außenstelle Walldorf des elsässischen KZ Natzweiler-Struthof deportiert wurden. ...“ Ich weiß nicht, wer der Fraport für die Station KZ Außenstelle Walldorf auf der Regionalpark Rhein-Main-Route diesen Text geschrieben hat. Ich denke, richtiger wäre: Natzweiler-Struthof war ein KZ Hitler-Deutschlands, in dem die Waffen-SS das Regiment führte und der Deutschen Kriegswirtschaft massenhaft Menschen zur Vernichtung durch Arbeit und für medizinische Experimente überließ. Die Stadt als Mitfinanzierer des Regionalparks Rhein-Main sollte dahingehend tätig werden. HGS

Vorne Houy ...

Der Herr Houy hat wieder mal etwas Neues. Im Kommunalwahlkampf hat er - mitfinanziert von der Stadt - in seiner „OZ“ Werbung für die SPD gemacht und gegen Linke und Kommunisten in unserer Stadt polemisiert. Dagegen ist die DKP/Linke Liste offen angegangen. Die „OZ“ ist tot. Jetzt verbreitet der Herr das „Groß-Gerauer Kreisblatt“. Das hat eine neue Adresse. In der ersten Ausgabe hat er gleich dick aufgetragen, von wegen großer Außenwerbung an der Fassade. Die war natürlich frei erfunden. Wer angibt, hat mehr vom Leben.

Man hört inzwischen, der Mann wäre zahlungsunfähig. Und das nicht zum ersten mal. Vor allem deshalb gäbe es die „OZ“ nicht mehr. Das kann ja wahr sein. Da fragt man sich dann schon, wo solche Leute die Frechheit hernehmen, sich nach wie vor in derart penetranter Weise geschäftlich und politisch aufzuspielen. Und warum sich die „Großen“ der SPD in Stadt und Kreis scheinbar nach wie vor in seiner Gesellschaft wohl fühlen. Der Volksmund sagt dazu: Gleich und gleich gesellt sich gern. GS

AUS DEM KREISTAG

In einer Anfrage der Kreistagsfraktion DIE LINKE.Offene Liste heißt es u.a.:

Wird das „Groß-Gerauer Kreisblatt“ vom Kreis gefördert?

Trifft es zu, dass der Landrat des Kreises Groß-Gerau zum Start der neuen Zeitung „Groß-Gerauer Kreisblatt“ der Redaktion einen Besuch abstattete, und war dieser Besuch privat oder „offiziell“?

Trifft es zu, dass der Landrat den Titel der neuen Zeitung für gelungen hält?

Hält der Kreisausschuss das „Groß-Gerauer Kreisblatt“, das sich mit diesem „Titel“den Anschein einer halbamtlichen Zeitung gibt, die im ganzen Kreis Verbreitung findet, für seriös?

Hat der Landrat dem Blatt, in dem sich in auffälliger Häufung „SPD-Hofberichterstattung“ findet, zur Finanzierung Anzeigen des Kreises zugesagt oder in Aussicht gestellt?

Hat der Landrat Einfluss darauf genommen, dass die Kreissparkasse Groß-Gerau in bisher jeder Ausgabe der neuen Wochenzeitung inseriert?

Ist dem Kreisausschuss bekannt, in welchen Einrichtungen des Kreises mit Publikumsverkehr Stapel dieser Zeitung ausgelegt werden und billigt der Kreisausschuss dies?

Beirat Abfallwirtschaft des Kreises Groß-Gerau bestellen

Mit ihrem Antrag greift DIE LINKE.Offene Liste eine Anregung der Bürgerinitiative „Büttelborn 21“ auf, die erfolgreich gegen die geplante Bodenbehandlungsanlage auf dem Gelände der Kreismülldeponie mobil gemacht hatte.
Im Antrag heißt es u.a.: Für die Abfallwirtschaft des Kreises Groß-Gerau ist ein Beirat zu bestellen.
Der Beirat besteht aus 12 Personen. Dieser Personenkreis setzt sich zusammen aus sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern der betroffenen Städte und Gemeinden. Die Beiratsmitglieder sind ehrenamtlich tätig und haben eine beratende Funktion. Der oder die Beiratsvorsitzende sowie deren Stellvertreter werden von allen Beiratsmitgliedern gewählt. Mit ihrer Wahl werden sie auch zu beratenden Mitgliedern des Aufsichtsrats der Riedwerke Kreis Groß-Gerau. Der Gesellschaftervertrag wird dergestalt angepasst, dass der Beirat an allen Aufsichtsratssitzungen teilnehmen kann.•

Die Notentlastung Schafgasse/Wassergasse kommt

„blickpunkt"-Leser wissen es: Hochwasser in der Stadt, vor allem am Dalles und in der Schaf- und Wassergasse ist seit langem unser Thema.
Viele Gespräche dazu hatten wir bei der „blickpunkt"-Verteilung und unserer Aktion am Rathausplatz.
Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger erzählten uns von ihren Problemen und Erfahrungen mit Wasser im Keller. Nicht immer liegt es am Kanal. Aber wenn es so ist, dass wir immer häufiger mit „Starkregen" zu rechnen haben und in Zukunft zwei-, dreimal im Jahr „Jahrhundertregen" zu erwarten sind, muss sich die Stadt darauf vorbereiten.

Der Einsatz von Gondeln am Dalles, die wir Spaßeshalber ins Bild gesetzt hatten, wird die Lösung nicht sein. Nach Vorlage des Generalentwässerungsplans, der in diesem Jahr im Entwurf auf den Tisch kommen soll, wird es vordringlich darum gehen, den Abfluss von Oberflächenwasser bei Starkregenfällen zu gewährleisten. Dabei sind nach unserer Meinung in jedem Fall auch die Einwohnerinnen und Einwohner gefragt. Sie sollten alle „Schwachpunkte" der Kanalisation oder Wassereinbruch in Häusern und Grundstücken melden, damit diesen Vorfällen nachgegangen werden kann. Und wer mehrfach jährlich „Wasserschäden" hat, sollte die zumindest „pro Forma" bei der Stadt anmelden.
Auf unsere Frage hin, ob eine Schadensregulierung durch die Versicherung der Stadt oder eine „Härtefallregelung" im Einzelfall möglich ist, wurde das nicht völlig ausgeschlossen. Man verwies allerdings darauf, dass bisher noch keine Schäden geltend gemacht wurden. Auf jeden Fall lohnt es sich, wenn Hochwasserbetroffene auf ihre Situation öffentlich aufmerksam machen, wie es Anwohner der Schaf- und Wassergasse seit Jahren tun.
Hier soll noch in diesem Jahr eine Notentlastung gebaut werden, die Regenwasser in den Geräthsbach ableitet. Als die DKP/LL vor zwei Jahren im Stadtparlament Überlegungen in dieser Richtung anregte, hieß es noch: „Das kriegen wir nie genehmigt."
Versuch macht „kluch".

Mit einer Aktion auf dem Mörfelder Dalles machten wir auf die akuten Hochwasser-Probleme aufmerksam. Neben dem aktuellen „blickpunkt" verteilten wir Postkarten mit Gondeln auf dem überschwemmten Rathausplatz. Hierfür gab es großes Interesse.

Karten sind mittlerweile wieder zu haben.

„Netto kommt, Netto geht"- dank SPD und Grünen

Nach dem Baubeginn für den neuen Netto-Markt am Vitrollesring, den SPD und Grüne in der letzten Wahlzeit beschlossen haben, kam es 'raus: Wenn der neue aufmacht, wird ein bestehender Netto-Markt in unserer Stadt geschlossen. Wie man hört, soll es der in Mörfelden sein.
Die DKP/LL hatte schon vor über zwei Jahren im „blickpunkt" darauf hingewiesen, dass es die gängige Praxis von Netto (EDEKA) ist, Altfilialen zu schließen, wenn neue eröffnet werden. Nicht zuletzt deshalb haben wir die Ansiedlung des neuen Netto-Markts am Stadtrand abgelehnt.
Jetzt spielen Bürgermeister und SPD die Überraschten und erklären, das hätten sie nicht gewollt und nicht erwartet.
Wir kaufen ihnen ihre „Ahnungslosigkeit" nicht ab. Sie und die Grünen sind politisch verantwortlich für ein Großprojekt auf der grünen Wiese und den nächsten Leerstand und Wegfall von Einkaufsmöglichkeiten im Wohngebiet. Das sind Tatsachen, die man nicht vergessen sollte.

GS

Bahnhof Mörfelden: Alles beim Alten!

Vor der Kommunalwahl haben wir mehrfach auf Unzulänglichkeiten am Mörfelder Bahnhof hingewiesen. Den Aufzug, der meistens steht; die fehlende Schiene für Räder an der Treppe zum Mittelbahnsteig; Pfützen in der Unterführung schon nach leichtem Regen; die zu steile Rampe an der alten Unterführung; kein Dach über den Fahrkartenautomaten - um nur die wichtigsten zu nennen, auf die wir immer wieder angesprochen werden. Der Bürgermeister sagte Nachbesserungen zu. Passiert ist nichts. Wir werden erneut darauf aufmerksam machen.

GS

Gegen den weiteren Ausbau des Flughafens

Antrag der DKP/LL-Fraktion

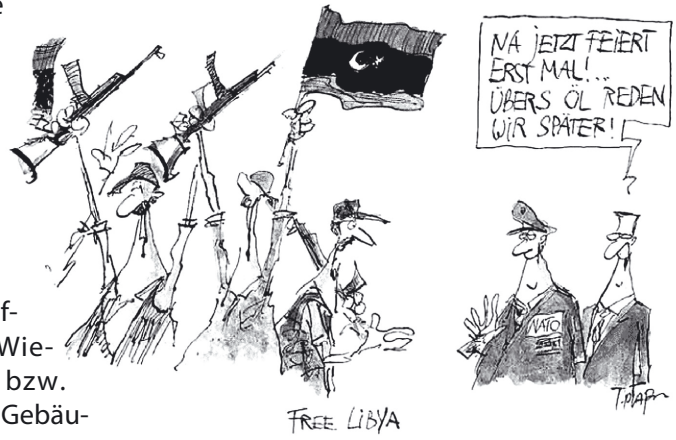
Keine Inbetriebnahme der Landebahn Nordwest

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
„Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Hessische Landesregierung auf, darauf hin zu wirken, dass die Nordwest-Landebahn am Frankfurter Flughafen nicht in Betrieb genommen wird, bevor das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts über die Zulässigkeit von Nachtflügen vorliegt und ein absolutes Nachtflugverbot von 22.00 bis 6.00 Uhr ausgesprochen wird.
Die Stadtverordnetenversammlung erwartet, dass vor Inbetriebnahme eine umfassende und verbindliche Festsetzung der Lärmschutzzonen erfolgt, die in größerem Umfang die Interessen der Bevölkerung und der Kommunen berücksichtigt und bei Inbetriebnahme der Landebahn einen sofortigen Anspruch auf Schallschutzmaßnahmen begründet.
Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Aufruf zur Demonstration „Rhein-Main gegen Fluglärm!" am Samstag, 22. Oktober 2011, mit Start in Mainz und Abschlusskundgebung in Wiesbaden und ruft insbesondere die Einwohnerinnen und Einwohner von Mörfelden-Walldorf und der in Zukunft noch stärker von Fluglärm betroffenen Kommunen Rüsselsheim, Raunheim, Kelsterbach, in der Mainspitze, Nauheim, Trebur, Groß-Gerau und Büttelborn zur Teilnahme auf."

Begründung:
Am 21. Oktober 2011 will die Fraport AG die neue Landebahn am Frankfurter Flughafen in Betrieb nehmen. Für große Teile des Nordkreises Groß-Gerau und die Menschen, die hier leben und arbeiten, bedeutet das erheblich mehr Lärm und andere Belastungen. Von den großen Versprechungen der CDU/FDP-Landesregierung in der Vergangenheit ist nicht viel übrig geblieben. Das Nachtflugverbot soll im Interesse der Luftverkehrswirtschaft gelockert werden. Passiven Schallschutz soll es womöglich erst in fünf Jahren geben. Ob es eine qualifizierte Gesundheitsstudie zu den Folgen zunehmenden Fluglärms im Rhein-Main-Gebiet geben wird, ist fraglich. Ungeklärt ist insbesondere, ob und wann die Ergebnisse dieser Langzeitstudie zu wirksamen Konsequenzen führen werden. Der Bürgermeister und der Erste Stadtrat haben mehrfach festgestellt, dass sich wegen der geänderten Flugrouten und der Inbetriebnahme der neuen Landebahn die Lebensqualität im Rhein-Main-Gebiet durch zunehmenden Fluglärm massiv verschlechtern wird. Gegen den Flughafenausbau und seine - nicht nur gesundheitlichen - Folgen, muss sich auch unsere Stadtverordnetenversammlung immer wieder zu Wort melden. Wer will, dass dem Flughafen Grenzen gesetzt werden, muss auch weiter gegen den Flughafenausbau (Terminal 3, Airportcity Frankfurt usw.) in Aktion bleiben.

NATO siegt, Völkerrecht und UNO beschädigt

50.000 Menschenleben, so lauten Schätzungen, hat der Krieg in Libyen bei den Kämpfen zum „Schutz der Zivilbevölkerung" gekostet. Meldungen, wonach „die Rebellen" über das Gaddafi-Regime gesiegt hätten, entbehren jeglicher Grundlage. Es war die NATO, die das Land sturmreif geschossen hat. Vom 31. März bis zum 21. August hat die NATO 19.751 Einsätze geflogen.
Der Krieg hat tausende Menschen - auf allen Seiten - das Leben gekostet, Hunderttausende zur Flucht getrieben, große Teile der Infrastruktur des Landes zerstört.
In den meisten bürgerlichen Medien wird inzwischen ungeschminkt zugegeben, dass es bei dem Nato-Einsatz keineswegs nur um hehre Ziele wie Menschenrechte und Demokratie ging. Das Gerangel um ihre künftigen Anteile am Libyen-Geschäft geht jetzt verstärkt weiter. In der französischen Zeitung „Nouvel Observateur" hieß es dazu: „Wenn sich einige Staaten besonders eifrig bemüht zeigten, indem sie den besten Willen der Welt bekundeten, so geschah dies, weil die wirtschaftlichen Herausforderungen einer Nach-Gaddafi-Zeit von beachtlicher Größe sind und jeder hofft, seinen Teil des Kuchens abzubekommen."
Dabei geht es nicht nur um Öl und Gas, sondern zusätzlich um enorme „Wiederaufbau"-Geschäfte: Wiederaufrichtung bzw. Neubau zerstörter Gebäude, Straßen, Verkehrsanlagen, Wiederherstellung bzw. weiterer Ausbau des Telekommunikationsnetzes, der Wasserversorgung, des Verkehrswesen, des Gesundheitswesens . . .
Momentan wird in Libyen noch geschossen, aber es wird jetzt Zeit nachzudenken über den Sinn und die wahren Hintergründe dieses Krieges, an dem auch die Bundeswehr beteiligt ist.



Stadtgeschichten

Ein Blick in den Hinterhof von Georg Klein 4. in der Langstraße 89. Wie so viele Walldorfer hatte auch er seinen Beinamen. Da bis zur Verlegung der Wasserleitung im Jahre 1928 vor seinem Grundstück an der Ecke Langstraße/Kelsterbacher Straße eine gemeindeeigene Pumpe stand, nannte man ihn Pumpe-Schorsch. Er war von Beruf Schlosser, aber in seinem Elternhaus wurde noch Landwirtschaft betrieben. Das sind noch im Jahre 1950, als das Foto entstand, die Scheune, der Schweinestall, der Hühnerstall (man sagte „Hinkelhaus"), die Hasenställe und Schweinetröge zu sehen. Da steht auch noch eine Mistgabel und daneben ein alter Schleifstein. Es hängt die Wäsche im Hof und dazwischen laufen die Hühner herum. Inmitten dieser dörflichen „Idylle", es ist auf dem Foto leicht zu übersehen, krabbelt ein etwa zweijähriges Kind zwischen den Hühnern herum. Es ist, wie wir erfahren haben, der Enkel Reinhold Cezanne, und Opa Georg gibt auf ihn acht. Noch bis in die 1950er Jahre waren diese, der kleinbäuerlichen bzw. Nebenerwerbslandwirtschaft dienenden Höfe in Walldorf und Mörfelden keine Seltenheit. Beide Gemeinden waren ja noch bis zum Ende des 19. Jahrhunderts überwiegend landwirtschaftlich geprägt. So gab es nach einer Statistik von 1861 in Walldorf mit damals 800 Einwohnern 46 Bauern, 48 Tagelöhner, 31 Dienstboten, 23 Handwerksburschen, 5 Maurer, 5 Schlosser, 5 Schneider, 5 Schuster, 2 Schmiede, 2 Bäcker, 2 Leineweber, 1 Schreiner, 1 Wagner und 1 Metzger. Heute sind solche Höfe in unseren Gemeinden nicht mehr anzutreffen. Da überwiegen verbundgepflasterte Autoabstellplätze, Garagen und Rasen mit Blumenrabatten. Scheunen und Ställe wurden abgerissen, um neuem Wohnraum Platz zu machen.

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

KuBa

Cocktailabend: Bierfest
Freitag, 7. Oktober 2011, 20:00 Uhr
Diesmal: Die Milch macht´s.

Ausstellungseröffnung:
Auf und davon – Schweden
Sonntag, 9. Oktober 2011, 15:00 Uhr
Fotografien von Annika Wöller und Sebastian Schwappacher

Ab in die Kneipe
Freitag, 14. Oktober 2011, 20:00 Uhr

Das Vinyl wird gerettet!
Donnerstag, 20. Oktober 2011, 20:00 Uhr
Wer möchte, kann eigene Platten mitbringen.

Quiz-Night
Freitag, 28. Oktober 2011, 20:00 Uhr
Ab 20 Uhr können sich die Teams anmelden, um 21 Uhr geht´s los!

Latin Jazz mit Just Friends & Juliana da Silva
Samstag, 29. Oktober 2011, 20:00 Uhr
Eintritt: 7 € / 5 € I Vorverkauf im KuBa

Unser Lexikon

Schbrisch

Der hott en Arsch wie en Brauereigaul.

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Mörfelden-Walldorf - Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, Tel. 22362 - RudiH@dkp-mw.de - www.dkp-mw.de